

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zeitungspreis vierteljährlich 1,50 Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Guis
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Albstraße 16 b II.

Anzeigengebühr für die sechsgealtene Kolonelles
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 3 Mark.

Die nächste Nummer der Metallarbeiter-Zeitung
erscheint am 4. Januar 1919. Wegen Strommangel
kann die regelmäßige Nummer 52 nicht erscheinen.

100000 weibliche Mitglieder!

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte nach den Fest-
stellungen seiner statistischen Abteilung am 1. Dezember
113950 weibliche Mitglieder.

Die Zahl der männlichen betrug zur selben Zeit 447656.
Das ergibt eine Gesamtzahl von

561606.

Damit ist zwar der höchste Stand der Mitgliederzahl
(564709 im Juli 1918) noch nicht ganz wieder erreicht, aber
die wenigen Tausende, die noch daran fehlen, werden auch
noch zu erreichen sein. Allerdings ist unsere heutige Mit-
gliedschaft wesentlich anders zusammengesetzt als damals.

Von neuem frisch ans Werk, Kollegen
und Kolleginnen!

Aufruf an die Arbeitslosen

Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen
Arbeiter- und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit folgendem Auf-
ruf an das werktätige Volk Deutschlands.

Was kann und sollen?

Uns allen droht der Untergang! Unerhörte feindliche Waffen-
stillstandsbedingungen und überhäufte Demobilisierung haben das
Aberweck unserer Wirtschaftsmaschine aus schwerer geschädigter
Arbeitslosigkeit und Ordnunglosigkeit gelähmt.

Arbeitslose, helft Kohle scheffeln!

Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahl-
industrie. Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen
Pfahl und Spaten keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine
Nahrung. Ohne eisernen Maschinen keine Textilindustrie, daher
keine Kleidung. Ohne eisernen Werkzeugen und Gerate keine Bau-
tätigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotiven,
keine Eisenbahnwagen, keine Schiffe, daher kein Verkehr.

Arbeitslose, helft Eisen scheffeln!

Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe.
Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volkslebens. Unsere
Verkehrsmittel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150000 Güter-
wagen hat uns die Enterte weggenommen. Mit dem verbliebenen
Rest müssen wir wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein geteilter
Güterumlauf.

Arbeitslose, helft den Güterverkehr beschleunigen!

Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forst-
wirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln
stehen noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Pflanzvieh
fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit
großer Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es
fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forst-
wirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln
stehen noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Pflanzvieh
fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit
großer Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es
fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forst-
wirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln
stehen noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Pflanzvieh
fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit
großer Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es
fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forst-
wirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln
stehen noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Pflanzvieh
fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit
großer Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es
fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeits-
lose, bleibt nicht in den Großstädten! Arbeitsgelegenheit wird noch
lange fehlen, weil Koh- und Hilfsstoffe nicht herankommen und Auf-
träge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte
strömen jetzt die Feldgrauen hinein, die ein Recht auf ihren alten
Platz haben.

Arbeiter, ihr habt euer Schicksal in der eigenen Hand!
Wer arbeitet, nützt sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht
arbeitet, verflüchtigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst.
Noch nie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Gedeih
und Verderben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen wie in den
nächsten Wochen und Monaten.

Volksgenossen, erkennt und löst wahrer Solidartät!
Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsgefühl,
sonst macht ihr euch mitschuldig am Untergang unseres Volkes.

Arbeitslose, meldet euch bei den Arbeitsnachweiser und holt
euch Rat bei den Demobilisierungsausschüssen in den Stadt- und
Landkreisen.
Bei Arbeitswechsel ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen
Mitteln gewährleistet.

Das neue deutsche Arbeitsprogramm

Berlin, 7. Dezember. Durchdrungen von der Erkenntnis und der
Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer
Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und
geistigen Kräfte und aller Fähigkeiten einträchtiges Zusammenarbeiten ver-
langt, haben sich die Organisationen der industriellen und gewerb-
lichen Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft
zusammengeschlossen.

Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller
die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaft-
lichen und sozialen Fragen sowie alle diese betreffenden Besch-
äftigungs- und Verwaltungsangelegenheiten.

Die Organe der Arbeitsgemeinschaft sind der Zentralschuss
und die Fachgruppen, die sich wiederum auf sonderfachlicher, bezirk-
licher und örtlicher Grundlage in Untergruppen organisieren. Die ge-
samten Organe werden paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern gebildet.

Die Aufgabe des Zentralschusses besteht in der Beratung und
Regelung aller derjenigen Fragen, die sämtlichen Fachgruppen, also
der gesamten Industrie und dem gesamten Gewerbe Deutschlands ge-
meinsam sind, sowie derjenigen Fragen, die aus dem Bereich einer
einzelnen Fachgruppe herausgehen. Die Fachgruppe ist die Zentral-
arbeitsgemeinschaft der organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer
des besonderen Industrie- und Gewerbebezuges. Der Zentralschuss
wird aus Abgeordneten gebildet, die von den Fachgruppen aus der
Zahl ihrer Mitglieder zunächst für drei Jahre gewählt werden. Ferner
treten dem Zentralschuss bei je 6 Mitglieder, die von den Zentral-
stellen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgeordnet werden.

Die gegenwärtige Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft besteht darin,
in engem Zusammenarbeiten mit dem Demobilisierungsausschuss bei allen
Fragen der Arbeitsbedingungen, der Arbeiter- und Auftragsbeschaf-
fung, kurz bei der Umstellung und Wiedereingliederung unserer In-
dustrie und unseres Gewerbes mitzuwirken. Für die Zukunft ist die
Gründung der Arbeitsgemeinschaft eine soziale Tat von weittragender
Bedeutung.

Anfragen, die Arbeitsgemeinschaft betreffend, sind zu richten an
das Bureau des Zentralschusses der Arbeits-
gemeinschaft, Berlin SW., Akazienhof Platz 4.

Die Gewerkschaften
und die Sozialisierung der Industrie

Von G. Reichel

Keine Frage steht gegenwärtig mehr im Vordergrund der öffent-
lichen Erörterung als die schleunige Einberufung der
verfassunggebenden Versammlung für das Reich und die
„Sozialisierung“ der Industrie. Zu letzterer Frage
will ich mich im Interesse der Arbeiter und unserer Organisation
ausprechen.

Nach Karl Marx vollzieht sich die wirtschaftliche Entwicklung
in der Richtung der Konzentration des Kapitals, der Betriebsmittel
und der Zusammenschließung bisher getrennter Produktionsstufen zu
immer größeren und leistungsfähigeren Wirt-
schaftsunternehmungen. Die selbständige Einzelunter-
nehmung verschwindet mehr und mehr; an ihre Stelle tritt die
Unternehmung, die von der nächsthöheren Stufe der Produktion
und des Warenverkehrs, dem Syndikat abgelöst wird. Die Pro-
duktivkräfte wachsen über die alte Wirtschafts-
form hinaus; sie geraten mit den Allgemein-
interessen in immer stärkeren Widerspruch. Ihre
Bindung durch Staatsgesetz und die Abkämpfung durch den Staat zum
Schutze der Arbeiter und Konsumenten muß erfolgen.

Die Sozialisierung ist nach dieser Auffassung das Ergebnis
der wirtschaftlichen Entwicklung des kapitalisti-
schen Zeitalters. Diese Entwicklung hat aber keineswegs
in allen Gewerbe- und Industriezweigen den von Marx vorgezeichneten
Weg eingeschlagen. Neben Industriezweigen mit starker Kapitalis-
tion und Betriebsverdichtung haben wir Gewerbebetriebe, in denen sich die
mittlere und kleine Betriebsform noch als durch-
aus lebensfähig erweist. Hier ist die Anhäufung des
Kapitals und der Betriebsmittel noch nicht vollzogen. Die stärkste
Kapitalanhäufung finden wir dort, wo der größte Gewinn
in Aussicht steht. Das ist bei den Banken, der chemischen
Großindustrie, dem Kohlenbergbau und der Schwer-
eisenindustrie der Fall. Hier nur sind die Normbedingungen, von
denen Marx ausging, mehr oder minder erfüllt. Hier kann in eine
nähere Prüfung eingetreten werden, ob, wie weit und unter welchen
Formen sich die Sozialisierung durchführen läßt.

Der Krieg, dieser gewaltige aller Revo-
lutionäre, der das deutsche Volk und mit ihm die ganze deutsche
Volkswirtschaft aus der Bahn seiner Entwicklung herausgeworfen hat
und dem wir die politische Umwälzung verdanken, hat auch die

Gebirge der Menschen revolutioniert. Die Arbeiterklasse fordert jetzt
vielfach die weitestgehende Sozialisierung des Privatigentums an
Produktionsmitteln, ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen und Be-
dingungen, unter denen solche Umwälzungen vollzogen werden können.
Ohne viel Ueberlegung geht man aufs Ganze. Wer nicht reichhaltig
der Sozialisierung der gesamten Produktion zustimmt, gilt schon
als ein Verräter an der Revolution. Die wirtschaftlichen Verhältnisse,
die mit der Weltwirtschaft verflochten sind, sind jedoch schmerzlicher zu
meister als die politischen Verfassungen.

Nun ist es ja bei jeder tiefgehenden Volksbewegung so, daß sie
über die von den Führern aufgestellten Ziele hinausstrebt, daß der
Strom gleichsam die Ufer überflutet. Die Arbeiter
haben vor und während des Krieges die fabelhaft hohen Gewinne der
Industrieunternehmen gesehen und verlangen nun, daß das
kapitalistische System durch die gemeinwirtschaft-
liche Gütererzeugung über Nacht abgelöst werde. Sie
fürchten, daß alles beim Alten bleibt, wenn die wirtschaftliche Revo-
lution nicht rasch erfolgt. Wir müssen uns aber fragen: Besteht denn
wirklich für die Sozialisierung irgendwelche Gefahr? Trägt man die
Frage so auf, daß die gesamte Industrie, das Handel und Ge-
werbe jetzt sozialisiert werden soll, so ist das Bestehen einer solchen
Gefahr, und zwar einer recht großen, zuzugeben. Diese Gefahr kommt
aber weniger von den Anhängern der alten Ordnung, sondern
fließt vornehmlich aus der Sache selbst. Da die wirt-
schaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine so weitgehende
Sozialisierung zurzeit fehlen und mit dem besten Willen nicht ge-
schaffen werden können, so würde es nur der Sozialismus
selbst sein, der sich sein Grab durch ein ungew-
öhnliches Vorgehen schaufeln würde. Das hat der
Genosse Hue in der letzten Nummer bereits treffend ausgeführt.

Die Sozialisierung vernünftig aufgefaßt und durchgeführt,
ist keiner Gefahr ausgesetzt. Heute muß sich zur
Sozialisierung grundsätzlich jeder Wirtschafts-
und Sozialpolitiker bekennen, der es gut meint
mit dem Volke. Was vor dem Krieg noch einmütige Ablehnung
erfahren hat und bei weitem nicht von allen Arbeitern be-
griffen und gutgeheißen wurde, ist heute Gemeingut des
Volkes. Die Idee der Sozialisierung hat selbst im Bürgerum zahl-
reiche Anhänger gewonnen. Sie ist aus wirtschaftlichen, sozialen und
knapen politischen Gründen durchaus notwendig. Niemand kann die
Sozialisierung aufhalten. So wenig recht stehende Kräfte
die Resultate der politischen Umwälzung wieder
ungeschehen machen können, so wenig kann man die
Revolutionierung unserer Wirtschaftsordnung
verhindern. Ihr hat der Krieg und der Kriegsausgang gelind-
lich vorgegearbeitet. Wenn erst einmal der Friede geschlossen sein
und die Höhe unserer finanziellen Verpflichtungen bekannt sein wird,
dann wird es sich zeigen, daß für große private Gewinne
aus unserer industriellen und gewerblichen Arbeit künftighin über-
haupt keine Möglichkeit bestehen wird. Die Erkenntnis, daß wir mit
unserer Volkswirtschaft „vor einem Abgrund stehen“, wird
erst nach und nach kommen, genau wie dem Volke die Augen über die
wahre Kriegslage erst in letzter Stunde aufgegangen sind. Dann
wird die Idee der Sozialisierung unübersehblich sein.

Wißt man braucht über die Inangriffnahme und Durchführung
der wirtschaftlichen Revolution nicht besorgt sein. Die kommt nicht
erst, die ist in Wirklichkeit schon eingeleitet. Was aber fehlt, das ist
die klare Erkenntnis des Wie, des Umfangs und des Zeit-
punktes der Sozialisierung. Die am weitesten insichstehenden Ar-
beiterführer fordern die Sozialisierung der gesamten Pro-
duktion, ohne uns fragen zu können, wie das gemacht
werden soll. Nur die reife Frucht kann man ohne Schaden ge-
nießen. Und auch reife Früchte darf man nur genießen,
der sie vertragen kann.

Jeder der Insichstehenden Genossen stellt sich unter der Soziali-
sierung etwas anderes vor. Vielfach glaubt man schon durch die Ent-
sendung einiger Arbeiter aus den Betrieben in die kauf-
männische Leitung der großen Industriebetriebe die so-
zialistische Produktion verwirklicht zu haben. Man denkt nicht daran,
daß das nichts Sozialistisches ist, nicht ein System, sondern nur
einen Personentausch darstellt. Jede organische Zusammen-
fassung eines bestimmten Industrie- oder Gewerbebezuges zu
einem bestimmten Zweck fehlt. Die einzelnen Industriebetriebe
werden infolge ihrer kommerziellen Entwicklung, ihrer technisch gut
oder weniger gut ausgebildeten Betriebsbedingungen und mit Rück-
sicht auf ihre Betriebslage ungleichartig ab. Eine so
mechanisch vorgenommenen „Besitzergreifung“ der In-
dustriebetriebe würde — abgesehen von dem Mangel jeder Vorbildung
der Arbeiter für die technische und kaufmännische Leitung — not-
wendigerweise zu großen Ungleichheiten unter den Arbeitern einer
bestimmten Industriebranche und zu Gegenständen dieser mit den Ar-
beitern anderer Industriebranchen führen, die wirtschaftlich nicht so
günstig gestellt sind. Und Industriebetriebe, die während des Krieges
große Gewinne abgeworfen haben, können durch die Art des Friedens-
schlusses völlig konkurrenzunfähig werden, sodas die jetzt von den
Arbeitern vorgenommenen, nur auf den Betrieb beschränkte
„Sozialisierung“ ihnen später zur größten Last werden kann.
Sozialisieren soll doch heißen, daß dem gesamten Volke
die Vorteile zugute kommen, die bis jetzt einige wenige ge-
nossen haben. Günstigsten Falles würden die Arbeiter bei einer
auf den Betrieb beschränkten Sozialisierung eine Stellung etwas
höherer Lohns haben als die große Masse der übrigen Arbeiter. Viel
wahrscheinlicher aber ist, daß durch ungewöhnliche Eingriffe in die
Verwaltungsstätigkeit und bei gänzlicher Aberkennung des immer
noch geltenden Preisbildungsgesetzes von Angebot und Nachfrage, das
industrielle und gewerbliche Leben vollends zum Stillstand kommt.
Jetzt, wo unsere Industriebetriebe auf die Friedensarbeit umgestellt
werden müssen, wo es an Aufträgen und Rohstoffen
mangelt und der Weltmarkt uns verperert ist, ist es
die allerungünstigste Zeit zur Sozialisierung.

in keinem Falle ausgebildet werden, doch soll durch Ueberweisung der Personalkarte der Arbeitslosen an die für den Heimort zuständigen Zentralauswertungsstelle die Möglichkeit geschaffen werden, die Arbeitslosen zu benachrichtigen, wenn Arbeit in der Heimat vorhanden ist.

Für die große Zahl von Frauen, denen eine Beschäftigung nicht nachgewiesen werden kann, sind durch Zusammenwirken von Behörden, Arbeitgeber und Vereinen umfassende Hilfsmaßnahmen geplant. Abgesehen von der durch Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung eingeführten Erwerbslosenunterstützung kommen hauptsächlich in Betracht:

1. Beschaffung von Hilfsarbeiten für Frauen, bei deren Verteilung, auch wenn sie durch Vereine geschieht, unbedingt die Arbeitsnachweise mitwirken müssen, damit nicht einzelne willkürlich bevorzugt, sondern gerade die Bedürftigsten mit Arbeit versorgt werden;
2. Schaffung von Ausbildungs- und Fortbildungsgelegenheiten für jugendliche Arbeitslose, namentlich auf landwirtschaftlichem Gebiet;
3. Fürsorge für Unterbringung entlassener ortsfremder Arbeiterinnen und für reisende Arbeiterinnen.

Enger und intensiver Zusammenarbeit der Arbeitsnachweise für Frauen mit allen für Frauen in Frage kommenden Hilfsorganeinrichtungen ist während der Uebergangswirtschaft besonders nötig, wie denn überhaupt die schwerige Aufgabe der Ueberführung der Frau aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft nur bei einmütiger Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen gelingen kann. Diese Zusammenarbeit wird der Uebersicht bewirkt.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

Am 3. Dezember 1918 fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt. An erster Stelle war die Beratung des Statutenentwurfs für die Arbeitsgemeinschaft der Unternehmerverbände und Gewerkschaften vorgelegen. Die Konferenz wünschte aber zunächst eine allgemeine Aussprache über die gegenwärtige Lage und den Einfluss der Gewerkschaften. Während Paepow eine Zurückstellung der Arbeitsgemeinschaft wünschte, bis der Einfluss der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete sichergestellt sei, erklärte Legien, daß die Lage im Reich sich bereits kläre und daß die Gewerkschaften sich nicht ausweichen lassen dürfen, denn sie seien notwendig sowohl für die Regelung der Arbeitsverhältnisse als auch für die Regelung und Sozialisierung der Produktion. Auch Diebstedt habe 1893 in seiner Vorklärung über die Gewerkschaften für die Sozialisierung und wir müßten sie schaffen, wenn wir sie nicht hätten.

Schmidt unterbreitete den Entwurf einer Rundgebung und schloß die sinnlosen Eingriffe aller möglichen Räte in die Nahrungs- und Nahrungsmittelversorgung. In der Zucker- und Mühlenindustrie werde der Dreischichtbetrieb verboten und damit die Ausnutzung der Produktionsmittel unterbunden. In der Seefischerei habe der Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag mit billigen Lohnstufen abgeschlossen. Jetzt verlangen die Arbeiter der Fischereifahrzeuge 350 M Lohn und Fanganteil, wodurch die Fischereifahrt ungeheuer erschwert werde. Ein sogenannter Reichsmarinemat hindert die Reparatur und das Ausfahren der Handelsfahrzeuge, um einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. In den einzelnen Orten werde der Nahrungsmittelverkehr schlimmer unterbunden wie in der Landratsverwaltung während des Krieges. Wir dürfen nicht mehr schweigen, sonst macht man uns für diese Zustände mitverantwortlich. Die Sozialisierung der Produktion werde uns vor harte Tatsachen stellen, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir nicht ruftischen Zuständen entgegenstreiten wollen.

Paepow glaubt, daß der Einfluss der Gewerkschaften in den Betrieben doch arg erschüttert sei und man müsse ihn erst einmal wiederherstellen, ehe man sich mit den Arbeitgebern über die gemeinsamen Fragen verständige. Einer Rundgebung, wie Schmidt sie verlangte, stimmte er zu. Blum erklärte, daß das Material von R. Schmidt erheblich vermehrt werden könnte. In Kopenhagen, einer Gemeinde von 30 000 Einwohnern, wurde die Befolgung von 200 Soldaten mit je 10 M pro Tag für die öffentliche Sicherheit verlangt. Die Parteipresse, auch der "Vorwärts", habe leider nicht den Mut, die Passen auf die Unhaltbarkeit dieser Zustände hinzuweisen. Stieler bezeichnete als Hauptursache der Verwirrung nicht die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern die vielen Agitationsversammlungen der Unabhängigen und Spartakusbund, in denen offen erklärt wurde, daß nicht Ruhe und Ordnung, sondern Unruhe und Auflösung ihr Ziel seien. Daß sich Dinge, die sie hier vom Reichsmarinemat geschildert wurden, ereignen können, liegt nur an der mangelnden Einheitslichkeit der Reichsregierung.

Staatssekretär Bauer hielt die Sozialisierungsversuche nicht für so tragisch. In der Regel kommen sie nur vor, wo die Fabriksleitungen versagen und den Arbeitern die Löhne nicht ausbezahlen. Nach ruhiger Verhandlung sind solche Versuche fast stets rückgängig gemacht worden. Die Gewerkschaften sollen sich nur nicht durch die hochgehenden Redewogen einschüchtern lassen. In einigen Wochen werden wir uns zu ruhigen Zuständen durchgerungen haben. Auch in Berlin habe man den Gewerkschaften die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben übertragen. Ein Gegenwurf sei in Vorbereitung, wonach die gewerkschaftlichen Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen als Grundlage anerkannt und mit Gesetzeskraft ausgestattet werden sollen. Er werde in nächster Woche als Gesetz veröffentlicht. Der Achtstundentag sei etwas übereilt vereinbart, ohne die im öffentlichen Interesse notwendigen Ausnahmen festzustellen. Die Gewerkschaften müssen ruhig weiterarbeiten, damit der nötige Zusammenbruch verläuft werde. Urban war mit dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaft einverstanden, doch bestanden Bedenken gegen die Teilnahme der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, da sich in dieser Organisation befinden, die von den Unternehmern ausgehalten würden. Der Achtstundentag sei vom Demobilisierungsamt für die Gewerbetreibende angeordnet, ohne die Angestellten zu erwägen.

Thomaß hat den Eindruck, als ob man in Berlin es nicht so empfinde wie anderwärts, welcher Wirkung hier bestehe. In der Resolution müsse auch zur Frage der Vorgehaltung der Betriebe Stellung genommen werden. Auch sei erwünscht, wenn das Korrespondenzblatt der Gewerkschaftspresse eine Reihe kurzer Artikel zur Vorgehaltungsforderung bringen solle. Die General-Kommission sollte ferner ein gewerkschaftliches Nachrichtenbüro errichten. Endlich wünschte der Redner, die anwesenden Redaktoren zu einer Konferenz zur Beratung über die Behandlung der gegenwärtigen Lage zu berufen.

Urban erklärte, daß an einer solchen Konferenz alle Gewerkschaftsredakteure teilnehmen müssten. Eine gewerkschaftliche Korrespondenz sei bereits in Aussicht genommen. Das Korrespondenzblatt habe schon vor zwei Jahren eine Reihe von Artikeln über Verfassungskorrekturen gebracht, noch dazu aus sachlich beurteilten Kreisen. Gegenwärtig sei die Wirtschaftslage so gerüttelt, daß man in der Sozialisierungsfrage zu ganz anderen Ergebnissen gelangen müsse. Die Zustände in Berlin beweisen, daß verantwortliche Stellen überhaupt ganz unzureichend auf den Nachkriegsstand, wie der Fall Prage beweise. Das Verlangen nach Kontrollausschüssen für die Gewerkschaften sei ein Eingriff in die Kooperationsfreiheit, den man den Gewerkschaften in den Zeiten der schwärzesten Reaktion des Rotes und Dollwohlgereimes nicht zugunsten habe. Eine solche Bewusstseinsbildung sei mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Bauer wandte sich gegen das Verlangen Urban's nach Ausschaffung bürgerlicher Anstaltenverbände. Jede Vorgehaltung anderer Organisationen müsse vermieden werden. Lepart versprach sich wenig von einem Protest gegen Uebergriffe von Arbeiter- und Soldatenräten, sondern Erfolg habe nur die praktische Arbeit. Wir haben keine Ursache zum Pessimismus, denn nie hätten die Gewerkschaften so starken Zustrom gehabt wie gegen-

wärtig. Man könne den Arbeitern auch nicht verübeln, Lohnforderungen zu stellen. Die Gewerkschaftspresse müsse sich unangenehm mit praktischen Gewerkschaftsfragen befassen. Die Genossen sollten sich stets über den praktischen Gewerkschaftsstandpunkt stellen, weniger Kritik üben, desto mehr aber mitarbeiten, dann werde das Vertrauen zu den Gewerkschaften auch nicht erschüttert werden.

Secht wünschte, die General-Kommission möge auf die Partei einwirken, daß die in Berlin überhandnehmenden destruktiven Tendenzen zurückgebrängt würden.

Urban polemisierte gegen Bauer, der alle Beschwerden von angeblich verwegeltigsten Sonderorganisationen gläubig hinnehme, ohne den anderen Teil zu hören.

Wichmann (Bergarbeiter) erklärte, daß im Ruhrrevier von ausgebreiteten Streiks keine Rede sei. Die Forderung sei noch dieselbe wie vor der Revolution. Die Bergleute wünschen nichts sehnlicher, als die baldige Tagung der Nationalversammlung, damit bald Ruhe und Ordnung wiederkehre.

Loth befürchtete von der revolutionären Lohnpolitik eine Beeinträchtigung der deutschen Volkswirtschaft, wodurch die Arbeiter selbst geschädigt würden.

Legien wies den Anspruch Urban's zurück, daß die bürgerlichen Angehörigen von der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen sein sollten. Dann müßten auch die übrigen Gewerkschaftsgruppen abgewiesen werden. Das würde aber demokratisch sein. Er verurteilte auch jeden Zwang gegen Arbeiterorganisationen, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Urban's Stellung in seinem Vorstand sei gewiß äußerst schwierig, aber wenn der Vorstand sich niemals gegen die Haltung seines Mandats verwehre, dann dürfe er sich nicht wundern, daß man ihn auch für den Inhalt des letzteren verantwortlich mache. Die Mißbilligkeit aus Maßnahmen der A- und S.-Räte werden schwinden, sobald die Reichsregierung durch das in Aussicht gestellte Gesetz die Befugnisse der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse für das ganze Reich geregelt habe. Die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft müsse beschleunigt werden, damit nicht inzwischen in der Uebergangswirtschaft das bürokratische System wieder plangreifende. Urban gab eine Darstellung der Wirksamkeit des Zentralrates der Angestelltenverbände, der keinerlei Druck ausübe.

Die mit einigen kleinen Änderungen angenommene Resolution lautet:

"Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erblickt in der von einzelnen Arbeiterräten verfolgten Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ernste Gefahr sowohl für die deutsche Arbeiterklasse als für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeiterräte als politische Organe der Revolution sollten für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heranziehen, die in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben, die insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige unentbehrlich sind. Auch die Einrichtungen der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftliche Organisationsapparat, sind unerlässliche Vorbedingungen für eine tatsächliche Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse. Werden diese durch lokale Arbeiterräte oder durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Gesamtarbeiterklasse ersetzt, muß das zu einer Verfallung unserer Wirtschaft, Lebens- und somit zur schwersten Schädigung sowohl der Arbeiter in der Heimat als der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten führen, die anstelle von Arbeitsdienst und Brot Arbeitslosigkeit und Not vorfinden. Auch die Errungenschaften der Revolution würden dadurch in Gefahr gebracht."

Die Konferenz appelliert daher an die organisierte Arbeiterklasse, der Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten. Die Gewerkschaften bieten nach wie vor die stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen."

Die Konferenz stimmte dann einmütig dem Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu. In der Einzelberatung des Statutenentwurfs wurde § 1 (Zweck der Arbeitsgemeinschaft) mit einer kleinen Änderung angenommen. Unverändert fanden Annahme § 2 (Organe), § 3 (parteiliche Zusammensetzung und Leitung), § 4 (Fachgruppen, Gruppenausschüsse), § 5 (Untergruppen, Untergruppenausschüsse), § 6 (Wahl der Gruppenorgane) verlangt, daß für eine Vertretung der Minorität Sorge zu tragen ist.

Legien berichtete, daß diese Fassung ein Entgegenkommen gegen die kleineren Gewerkschaftsgruppen bedeute, das indes den wirtschaftlichen Gewerkschaften nicht genüge; dieselben forderten vielmehr ein Vertretungsrecht in allen Ausschüssen. Die Konferenz stimmte der vorgeschlagenen Fassung zu und sprach sich gegen jede weitergehende Fassung aus.

Weiter wurden die §§ 7 (Zentralauschuß, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) sowie 8 (Zentralrat, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) und 9 (Kosten der Arbeitsgemeinschaft) unverändert angenommen. Eine Erklärung über die erstmalige Zusammensetzung des Zentralauschusses wurde ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Als ganze Satzungsgrundlage fand einmütige Zustimmung. Der Zentralauschuß ist vorläufig auf Arbeitnehmerseite durch je einen Vertreter der 6 an der Vereinbarung beteiligten Zentralen sowie durch je einen weiteren Vertreter der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Bauarbeiter gebildet. Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Vereinbarung, wonach die höchstzulässige tägliche Arbeitsdauer 8 Stunden nicht überschreiten darf. Es ist vielfach versucht worden, die tägliche Arbeitsdauer über diese Grenze auszuweiten, um den Sonntagnachmittag von der Arbeit freizulassen. Zu einer Entscheidung in dieser Streitfrage kam die Konferenz nicht; vielmehr wurde die Regelung der freien Vereinbarung überlassen.

Sichtlich der Beitragszahlung an die General-Kommission wurde ein Antrag des Vorstandes des Bauarbeiter-Verbandes angenommen, der General-Kommission neben dem regelmäßigen Beitrag einen Extrabeitrag von 10 M pro Kopf der Mitglieder zu zahlen.

Sodann machte Legien der Konferenz einige Mitteilungen über die innere Verwaltung der General-Kommission nach Eintritt einiger Angestellten in die Regierung sowie nach Rückkehr mehrerer Angestellten aus dem Wehrdienst. Es sei eine Einschränkung der Sozialpolitischen Abteilung sowie des Zentral-Arbeiter-Sekretariats in Aussicht genommen. Dagegen solle eine Gewerkschaftskorrespondenz und Sozialpolitische Korrespondenz eingeführt werden. Genosse Wißel soll aus dem Zentral-Arbeiter-Sekretariat in die Verwaltung der General-Kommission übertreten. Die Konferenz ist mit dieser Regelung einverstanden.

Im weiteren berichtete Legien, daß er zum Kontrollrat des Roten Kreuzes ernannt worden sei. Die General-Kommission habe ferner ein Flugblatt für Massenagitation herausgegeben, dessen Druck in den Agitationsbezirken bewirkt werden soll, um den gegenwärtigen Transportverweigerungen Rechnung zu tragen. Schließlich stimmte die Konferenz der Aufhebung des im Anfang des Krieges beschlossenen Verbotens ab, daß bei den Uebertritten möglichen tolerant verfahren werden. Die Frage der Gewinnbeteiligung wurde bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt. Nach Erledigung einiger Anfragen fand die Konferenz ihren Abschluß.

Unser Verband in der 226. Woche nach Kriegsende

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung usw. in der dritten Woche des Waffenstillstandes ist in nachstehender Uebersicht dargestellt. Hierzu sind von folgenden Verwaltungen keine Berichte eingegangen: Letteras, Ehrenhausen, Berlin, Großwalde, Elferwerde, Kirchhain, Senftenberg, Ruhstätt i. S., Obernkirchen, Artzen, Blankenburg i. Thür., Celle, Götze, Gräfenhain, Jelmshausen i. Thür., Krasnau a. d. O., Südaßfurt, Gausungen, Schönebeck, Langensalza, Jörge, Gersdorf, Mühlhagen, Schlagsdorf, Havel, Bedel, Born, Summerbach, Rippstadt, Kirben, Kanten, Kradbach, Dornhausen, Osnabrück, Witten, Wandorf, Dödenhofen, Erbsch, Seifenheim, Rablen, Markburg, Weh, Gorbalden, Erlcr. Kahren, Kelmor, Salz, Dambrodt, Mühlhausen i. H., Krasnau a. d. S.

Rütingen, Eingen, Strahburg, Triberg, Bamberg, Landsberg a. L., Traunstein.

Übersicht über die Zeit vom 24. bis zum 30. November 1918.

Verwaltungsbereich	Verwaltungsbereich		Mitgliederzahl am 24. Nov.	Mitgliederzahl am 30. Nov.	Dabei neu	Mitgliederzahl am 1. Dez.	Dabei neu	Mitgliederzahl am 8. Dez.	Dabei neu	Mitgliederzahl am 15. Dez.	Dabei neu	Mitgliederzahl am 22. Dez.	Dabei neu	Mitgliederzahl am 29. Dez.	Dabei neu
	ja	nein													
1.	20	2	21953	812	804	8	21589	57	0,26	196					
2.	20	2	19198	65	87	—	19161	59	0,30	281					
3.	29	4	12222	227	129	4	12104	181	1,25	424					
4.	48	2	71888	1085	484	14	71349	678	0,95	2780					
5.	67	13	52551	818	443	13	52118	350	0,67	1826					
6.	37	5	66209	987	1081	8	65128	479	0,73	751					
7.	28	8	97181	1011	1149	7	96034	754	0,78	1191					
8.	20	9	36876	935	994	9	35881	891	1,90	1659					
9.	40	10	65813	589	1835	13	64078	630	0,98	790					
10.	26	8	49735	381	786	29	49089	289	0,51	1344					
11.	1	—	58817	511	83	22	59794	2715	2,98	6226					

Zu 1. 20, 2 21953, 3 19198, 4 12222, 5 71888, 6 52551, 7 66209, 8 97181, 9 36876, 10 65813, 11 49735, 12 58817, 13 8201, 14 7299, 15 173, 16 556370, 17 6747, 18 121, 19 19268. Anmerkend: der im Laufe der Woche Zugewonnenen, Neuangeworbenen und vom Peer Entlassenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin und denjenigen Verwaltungsbereichen, die keine Berichte eingekandt haben) 55 443 neue Mitglieder aufgenommen. Die Zahl der durch Abreise abgemeldeten Mitglieder beträgt 4721, denen nur 1459 durch Zurück angewandete Mitglieder gegenüberstellen.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gegen die Vorwoche um 3609 oder 0,58 v. H. der berichteten Mitgliederzahl gesunken.

Die Zahl der krank gemeldeten Mitglieder ist um 11 603 oder 2,24 v. H. der berichteten Mitgliederzahl in der Vorwoche auf 11 173 oder 2,01 v. H. in der Berichtswoche zurückgegangen. Die an diese gegahlte Unterstützung betrug 88 980 M. An dem Mißgange sind alle Bezirke beteiligt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 22. Dezember der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 28. Dezember 1918 fällig ist.

Den Mitgliedern und Verwaltungen des vierten Bezirkes diene zur Kenntnis, daß der Kollege W. Haack vorübergehend eine Stellung im sächsischen Arbeitsministerium angenommen hat und ihm zur Wahrnehmung dieser Funktion der nötige Urlaub erteilt worden ist. Mit der Stellvertretung des Kollegen Haack ist der Kollege W. Liebe vom Vorstand beauftragt worden.

Die Verwaltungen werden darauf hingewiesen, daß Mitgliedsausweise und Beitrittsgebühren vorerst bei den Bezirksleitungen anzufragen sind.

Die Ausfertigung von Mitgliedsbüchern an Stelle vorkommender Mitgliedsausweise hat von den Ortsverwaltungen aus dem Mitgliedsbuchbestand am Orte zu erfolgen. Vom Vorstand erfolgt die Ausstellung dieser Mitgliedsbücher nicht. Wir verweisen hierzu auf unser Rundschreiben vom 17. August 1917 und vom 1. Juli 1918.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 1 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Hainertwalde	15	10	15	1. Januar 1919.
Mährin	10	10	—	1. " 1919.
Cyladen	20	20	—	1. " 1919.
Stargard i. Pommern	20	20	10	1. " 1919.
Schwednitz	5	5	5	1. " 1919.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Berichte Metallarbeiter.

Berlin. Am Sonntag dem 2. Dezember wurde die ständliche Generalversammlung der hiesigen Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgehalten. Aus dem gedruckten vorgelegten Rapport geht hervor, daß im dritten Vierteljahr 1918 die Einnahmen der Hauptkassen 331 320,97 M betragen haben. Unter den Ausgaben befinden sich 252 803,30 M, die an die Hauptkassen eingekandt sind. Der Restbetrag ist überwiesen 78 814,76 M für Krankenunterstützung sind ausgegeben 127 708,45 M. Die Hauptkasse hat einschließlich eines Bestandes von 2 318 557,71 M eine Einnahme von 2 564 264,47 M. Der Restbestand der Hauptkasse am Ende des dritten Vierteljahres betrug 2 366 498,17 M. Dem Passiver wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Nummer wurde der Punkt: Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für die Metallindustrie Groß-Berlins verhandelt. Die Vorlage, die in Nr. 49 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wurde, lag auch der Versammlung gedruckt vor. Die 1. Lage früher abgehaltenen Bezirksversammlungen hatten sich fast einmütig für den Arbeitsnachweis ausgesprochen. Nur an einigen Stellen waren gegen einige Paragraphen Bedenken erhoben worden. Diese Bedenken wurden auch jetzt wieder in der Generalversammlung vorgebracht. Es wurde der Vorschlag gemacht, die Sache zu vertagen und eine Kommission zu ernennen, die die einzelnen Änderungsanträge prüfen und behandeln solle. Die Generalversammlung entschied sich auch, nachdem sie sich zunächst im Prinzip für den paritätischen Arbeitsnachweis ausgesprochen hatte, für den Antrag der Vertagung. Als jedoch bei der Wahl der Kommission und der Erledigung der Aufgaben dieser Kommission sich herausstellte, daß hierbei besondere Schwierigkeiten und längere Verzögerungen wahrscheinlich seien, traten bei verschiedenen Mitgliedern der Generalversammlung Fürsichtungen auf, daß damit den gerade gegenwärtigen Bedürfnissen auf dem Arbeitsnachweis nicht entsprochen würde, weshalb der Vorschlag aus der Mitte der Versammlung kam, den Beschluß auf Vertagung aufzuheben. Cohen machte nunmehr den Vorschlag, zu beschließen, daß der paritätische Arbeitsnachweis für die Metallindustrie Groß-Berlins so bald wie möglich in Kraft tritt und etwaige Änderungen an den einzelnen Paragraphen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Änderungen der einen oder anderen Bestimmungen könnten natürlich immer beantragt und verhandelt werden, und wenn jetzt bereits solche Vorschläge gemacht werden, könnte dies auch geschehen. Sollten solche Vorschläge gemacht werden, müßten sie zunächst bald dem Bureau des Metallarbeiter-Verbandes übermittelt werden. Dieser Vorschlag wurde gegen wenige Stimmen

